

Open Source

Bedeutung für öffentliche Verwaltungen steigt

[16.10.2026] Eine SUSE-Umfrage zeigt wachsende Zustimmung zu Open-Source-Software in Behörden. Auf der Smart Country Convention 2026 wurde Markus Richter aus dem Bundesdigitalministerium für sein Engagement mit einem Sonderpreis der Open Source Business Alliance ausgezeichnet.

Open-Source-Software gewinnt in der öffentlichen Verwaltung zunehmend an Bedeutung. Das zeigt eine repräsentative Umfrage des Meinungsforschungsinstituts [Civey](#) im Auftrag des Unternehmens [SUSE](#), die anlässlich der [Smart Country Convention 2026](#) in Berlin vorgestellt wurde. Demnach halten inzwischen 59,9 Prozent der befragten Verwaltungsbeschäftigten den Einsatz von Open-Source-Anwendungen für wichtig. Bei einer vergleichbaren Erhebung im Jahr 2024 waren es lediglich 35,1 Prozent. Damit ist die Zustimmung innerhalb von zwei Jahren um knapp 25 Prozentpunkte gestiegen.

Gleichzeitig sank der Anteil der Befragten, die Open Source für unwichtig halten, von 29,7 auf 15,6 Prozent. Auch die Zahl der Unentschlossenen ging von 35,2 auf 24,5 Prozent zurück. Für die aktuelle Untersuchung befragte Civey zwischen dem 22. Juni und dem 6. Juli 2026 bundesweit 500 Beschäftigte der öffentlichen Verwaltung.

Digitale Souveränität als Treiber

Nach Einschätzung von SUSE verdeutlichen die Ergebnisse einen grundlegenden Wandel im Umgang mit Open Source. Während offene Software früher vor allem unter technischen Gesichtspunkten betrachtet wurde, rücken zunehmend strategische Fragen in den Vordergrund. Dazu zählen insbesondere die digitale Souveränität, die Unabhängigkeit von einzelnen Technologieanbietern und die langfristige Kontrolle über IT-Infrastrukturen.

„Vor dem Hintergrund geopolitischer Unsicherheiten, wachsender Abhängigkeiten von einzelnen außereuropäischen Technologieanbietern und der zunehmenden Relevanz digitaler Souveränität hat sich das Bewusstsein für die Notwendigkeit von Open Source gewandelt“, erklärte Holger Pfister von SUSE. Offene, transparente und unabhängig weiterentwickelbare Software gewinne deshalb in Behörden an Bedeutung.

Sonderpreis für Markus Richter

Im Rahmen der Smart Country Convention wurde Markus Richter, Staatssekretär im Bundesministerium für Digitales und Staatsmodernisierung ([BMDS](#)), mit dem Sonderpreis für Strategie und Leadership des Open Source Wettbewerbs der Open Source Business Alliance ([OSBA](#)) ausgezeichnet. Die Jury würdigte insbesondere Richters Engagement für die stärkere Verankerung von Open Source in der Bundesverwaltung. Dazu zählt die Schaffung eines einheitlichen Vertragsrahmens für die Beschaffung von Open-Source-Software sowie die Förderung offener Standards im Rahmen des Deutschland-Stacks.

Auch bei der Entwicklung neuer Verwaltungsanwendungen spielt Open Source eine zunehmend wichtige Rolle. So stellt das BMDS mit SPARK KI-Module für Planungs- und Genehmigungsverfahren als Open

Source bereit, die gemeinsam mit den Anwendern weiterentwickelt werden sollen.

Rekordbeteiligung beim Open Source Wettbewerb

Das wachsende Interesse an Open Source zeigt sich auch bei der Beteiligung am Wettbewerb der OSBA. Mit 65 Einreichungen wurde 2026 ein neuer Höchststand erreicht. Im Vorjahr waren es noch 39 Bewerbungen gewesen. Ausgezeichnet werden Projekte in den vier Kategorien Fachverfahren, interne Verwaltungsanwendungen, Transformation und Künstliche Intelligenz. Ziel des Wettbewerbs ist es, erfolgreiche Open-Source-Projekte in der öffentlichen Verwaltung sichtbar zu machen und ihre Nachnutzung zu fördern. SUSE ist Mitglied der OSBA und unterstützt den Wettbewerb als Partner.

(al)

Stichwörter: Open Government, Open Source, Open Source Business Alliance (OSBA), Smart Country Convention, SUSE